



öffentlich

Betreff:

Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 13.01.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis September 2015 eine Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen gemeinsam mit dem Land Brandenburg, dem Studentenwerk Potsdam sowie den Studierendenausschüssen der Potsdamer Hochschulen zu erarbeiten. Auf Grundlage der Bedarfsanalyse sollen zugleich erste Szenarien entwickelt werden, wie der Bedarf an Wohnraum für Studierende besser befriedigt werden kann.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, die durch den Bereich Wirtschaftsförderung derzeit geplante Erstwohnsitzkampagne so lange zurückzustellen, bis auf der Grundlage der Bedarfsanalyse eine solche zielorientiert durchgeführt werden kann.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Etwa die Hälfte der Potsdamer Studierenden wohnt in Berlin. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Wohnheimplätze knapp sind. Weniger als zehn Prozent der Studierenden können in Potsdam in Wohnheimen des Studentenwerkes unterkommen (In Cottbus oder Frankfurt/Oder kommen nahezu 19 Prozent der Studierenden in Wohnheimen unter). Auch der Potsdamer Wohnungsmarkt hält nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Studierende bereit. Dies nennen die ASten der Hochschulen inzwischen als Hauptgrund, warum die Zahl der Studierenden mit Hauptwohnsitz in Potsdam geringer ausfällt, als in vergleichbar anderen Städten Deutschlands.

Damit sich mittel- und langfristig die Situation für die Studierenden verbessert und damit es der Kommune gelingt, die jungen Leute langfristig in der Stadt zu halten, sollen Szenarien für die Verbesserung der Situation entwickelt werden.